

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 5

Artikel: Gerät die Dritte Welt ins Abseits?
Autor: Meyer, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092956>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jürg Meyer

Gerät die Dritte Welt ins Abseits?

Der weltweite Zusammenbruch der sozialistischen Ordnung bringt es mit sich, dass sich auch die damit zusammenhängende Thematik der Dritten Welt anders präsentiert als bisher. Mit dieser Frage befasst sich hier unser neuer Mitarbeiter Dr. Jürg Meyer.

Der auch im Geschwindigkeitsbereich atemberaubende Auf- und Umbruch in Osteuropa beherrscht weltweit die Schlagzeilen. Dies wird noch lange so bleiben – zu Recht. Frühere Spannungsbereiche und Konfliktregionen geraten deshalb ins Hintertreffen – zu Unrecht. Denn sie werden unvermindert fortfahren, das internationale Geschehen mitzuprägen und vor allem wachsender Instabilität zuzuführen. Die osteuropäische Entwicklungshektik trägt dazu als zusätzlicher Motor nur noch das Ihre bei.

Der Eintritt in eine neue Ära zwischenstaatlichen Zusammenlebens erzeugt nicht nur eitel Freude und Hoffnung. Dazu liegen die Imponderabilien, die grossen Unbekannten der Zukunftsrechnung, noch viel zuwenig klarsichtig in fernen Wolken.

Neue Allianz der Industriestaaten?

Stark getrübt wird dieser Blick in die Zukunft zurzeit in erster Linie für die Staaten und die Völker der sogenannten Dritten Welt. Hier wird mit Berechtigung der Sorge Ausdruck gegeben, bei der im Gang befindlichen Neuordnung der Welt würden die Drittstaaten noch stärker beiseite geschoben als bis anhin, würden die USA und Westeuropa ihre Wirtschafts- und Finanzhilfe aus an und für sich verständlichen wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus von der Dritten Welt weg nach Osteuropa leiten.

Zweifellos kann das von einem nigerianischen Repräsentanten entworfene Bild nicht einfach wegradiert werden – das Bild einer Zweckallianz der Industriestaaten, die zur Erhaltung ihres Wohlstands vor den Ansprüchen der Mehrheit der Weltbevölkerung ein abgeschottetes Wirtschaftssystem kreieren könnten.

Diese Angst ist begründet. Es ist eine Tatsache, dass die staatliche Entwicklungshilfe vieler Industriestaaten bereits abgenommen hat. Immer mehr Unternehmen ziehen sich vor allem aus Afrika zurück. Bereits wird

vielerorts die Ansicht vertreten, der ganz grosse Einbruch für die traditionellen Entwicklungsflächen werde nicht bei der staatlichen Hilfe liegen, sondern bei den Privatinvestitionen. So sollen, drastisch ausgedrückt, viele westliche Ökonomen den Schwarzen Kontinent, das nördliche Maghrebgebiet ausgenommen, aufgeben und abgeschieden haben.

Es ist immerhin bezeichnend, dass in den Mahnrufen afrikanischer Politiker auch in längst fälliger Selbsterkenntnis Selbstkritik mitschwingt: «Die Leute haben Afrika einfach satt. So viele Länder haben wir und so viele Kriege», tönt es aus Kenia. Und aus Nigeria: «Westliches Kapital wird es nur noch für vernünftige Projekte geben, kaum noch für nutzlose Kriege.»

Sorge macht sich auch in den asiatischen Schwellenländern breit. In Malaysia warnt man vor einem «Eurozentrismus der Wirtschaftsmächte», und in Thailand sieht man in Osteuropa bereits den schärfsten Konkurrenten in der Tourismusindustrie heranwachsen.

Nicht minder pessimistisch tönt es aus Lateinamerika. Das Schwellenland Brasilien beispielsweise fürchtet unvermittelt um dringende benötigte Auslandsinvestitionen: «Der Markt in den ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas ist für die Kapitalgeber aus den grossen Industriestaaten um vieles attraktiver als Lateinamerika.» Brasiliens amtierender Präsident Sarney doppelt nach: «Die westliche Welt könnte überrascht werden durch die Revolte der Hoffnungslosigkeit und den Sturz der Gewalt, der sich in Lateinamerika entfesseln könnte.»

In diesen letzten Worten ist denn auch tatsächlich eine real drohende Gefahr in weltumspannendem Umfang angedeutet: Eine weitere Verelendung der Drittstaaten hätte ein Anschwellen der Flüchtlingsströme zur Folge, von dem die Industrieländer, auch unser Land, hoffnungslos überrollt werden könnte.

Das nüchterne Fazit: Die westliche Abwendung von der Dritten Welt und Hinwendung zu Osteuropa ist bereits bedeutend weiter fortgeschritten, als es anscheinend im Bewusstsein der Weltöffentlichkeit Fuss gefasst hat. Für viele Drittregionen wirkt sich nun verheerend aus, dass sie nach dem

Abklingen der weltweiten West-Ost-Konfrontation ihre teils überragende geostrategische Bedeutung verloren haben, dass das Spiel aus ist, die eine Supermacht gegen die andere auszutricksen. Und als eine Folge davon glaubt der Westen nun der Drittentwicklungspolitik im Rahmen der vitalen Gesamtinteressen eine mindere Rolle zuschieben zu dürfen.

Die EG zum Beispiel – im Willen, ihr Geld in Osteuropa einzusetzen – hat in den jüngsten Verhandlungen mit den 66 sogenannten AKP-Staaten des afrikanischen, des pazifischen und des karibischen Raums in ihren Hilfsbeiträgen nicht einmal mehr die Inflationsrate ausgeglichen. Entwicklungshilfenvorbilder wie die Niederlande, Schweden und Dänemark haben offiziell angekündigt, Teile der Osthilfe dem Budget der Entwicklungshilfe zu entnehmen, die USA haben dies in Milliardenhöhe bereits getan.

Dass in breiten Kreisen das Empfinden der Entwicklungshilfesolidarität mit der zwei Drittel der Weltbevölkerung umfassenden Dritten Welt im Schwinden begriffen ist, unterliegt somit keinem Zweifel mehr. Diesen Kreisen klarzumachen, dass es sich auch für den Westen als wirtschaftlich-ökologischer Bumerang erweisen könnte, auf Kosten des Südens den Osten einseitig zu bevorzugen, dürfte eine undankbare Aufgabe darstellen – dies um so mehr, als ja nicht von einer unveränderten Gesamtentwicklungssumme ausgegangen werden kann, sondern von einer massiv aufgestockten. Findet hier kein Umdenken statt, werden die Folgen ein katastrophales Ausmass annehmen: eine bedeutende Zunahme der aus Hunger und Elend geborenen Krisen, Kriege und Bürgerkriege in sämtlichen Drittregionen werden Flüchtlingsflutwellen von Süden nach Norden auslösen, denen keine Dämme mehr Einhalt gebieten könnten.

Atypische Schweiz

In diesem Zusammenhang sei hier klar festgehalten, dass in der Schweiz diese Umlagerung von Hilfeleistungen und Investitionen (noch) nicht stattgefunden hat. Die Hilfe für Osteuropa läuft parallel und zusätzlich zu derjenigen für die Dritte Welt. Die Landesregierung soll sogar beabsichtigen, den Anteil der staatlichen Entwicklungshilfe

bezüglich des Bruttosozialprodukts (bisher 0,31 %) dem der OECD (0,36 %) anzugleichen.

In der Schweiz die Einsicht für die grundsätzliche Notwendigkeit der Fortsetzung der Drittwelt-Entwicklungshilfe zu bewahren – dies sollte nicht auf allzu hohe Hürden stossen. Bedeutsamer ist die Erkenntnis, auf die bei uns vorherrschende Bedächtigkeit und Vorsicht in der Beurteilung und der Akzeptanz Rücksicht zu nehmen. Denn das Verlangen nach strikter Prioritätenordnung und differenzierten Wertmassstäben hat seine Berechtigung – es wäre Selbstbetrug, die Gefahr von Leerlauf und Kontraproduktivität in Hilfswerkprojekten völlig zu negieren.

Dieses Verlangen erhält um so grössere Berechtigung, als sich im weitgefassten, über 130 Staaten umfassenden Drittweltstraum von Land zu Land sehr viel grössere Unterschiede herauskristallisieren als in der industrialisierten Welt – geographisch und klimatisch, politisch und gesellschaftsstrukturell, wirtschaftlich, ideologisch und kulturell. In diesem Sinne gibt es denn auch gar keine «Dritte Welt». Es gibt drei «Dritte Welten» in Lateinamerika, in Afrika und in Asien, die in jeder Beziehung derart weit voneinander entfernt leben, denken und handeln, als lägen sie auf drei verschiedenen Planeten.

Sie fühlen sich auch nicht als «Drittwelteinheit», sondern sind untereinander mindestens so polarisiert und zerstritten wie die Völker der übrigen Welt. Übergeordnete Organisationen wie die Blockfreienbewegung, die OAS oder die OAU sind Alibizusammenschlüsse von minimalem realpolitischem Gewicht. Ein Inder wird sich verwehren, im Eintopfverfahren im selben Atemzug zusammen mit einem Buschmann genannt zu werden, oder ein Kubaner mit einem Zairer, oder ein Argentinier mit einem Neuguineaner. Zählt man noch die gesamte islamische Welt als eine eigenständige «Vierte Welt» dazu und berücksichtigt man die Tatsache, welch ein enormes Gefälle in der Wirtschaftshierarchie innerhalb dieser sogenannten «Dritten Welt» zwischen den Schwellenländern und den Ärmsten der Armen besteht, dann wird rasch ersichtlich, wie heikel bei der Planung, der Vergabe und der Organisation von Hilfswerkprojekten die Kriterien der Korrektheit, der Objektivität und der Dringlichkeit in Einklang zu bringen sind.

Nicht zur Diskussion steht hier die Frage nach dem guten Willen zur korrekten Kurssteuerung bei den in diesem Bereich tätigen schweizerischen Amtsstellen und Organisationen, also vornehmlich bei der DEH (Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe), beim BAWI (Bundesamt für Aussenwirtschaft) sowie bei den privaten Hilfswerken, die indessen – dies muss nachdrücklich unterstrichen werden – von der Eidgenossenschaft subventioniert werden.

Angesichts der hochgradig komplexen Problematik der Entwicklungshilfepolitik wie auch der Tatsache, dass sich in unserem Lande die diesbezüglichen Finanzlasten jährlich auf rund 850 Millionen Franken belaufen, und damit den grössten Einzelposten in den Ausgaben des Bundes darstellen, erscheint es doch immerhin in hohem Masse erstaunlich, dass die erwähnten Ämter und Organisationen in ihrem Wirken keiner unabhängigen Kontrollinstanz unterstehen – konkret ausgedrückt, in diesem Fall keiner Kontrolle durch das Parlament beziehungsweise einer ständigen parlamentarischen Delegation oder Kommission.

Eine solche Instanz wäre auch vorurteilsfrei in der Lage, den relevanten Fragen eines jeden Entwicklungshilfeprojekts nachzugehen: dem Massstab nationaler Empfindlichkeiten und Reaktionen, dem Bereitschaftsgrad zur Selbsthilfe, der Akzeptanz des eigenen Lernprozesses, der innerstaatlichen Struktur mit ihren Erscheinungsformen von Zentralgewalt, Bürokratie und Korruption, dem Verständnis für die weltweite Ökologiekrisis, den Folgen des Bevölkerungswachstums. Und nicht zuletzt würde auch dem schweizerischen Steuerzahler mit der Schaffung einer derartigen Kontrollinstanz ein undiskutabel legitimer Dienst erwiesen.

Diese Überlegungen sind vornehmlich auch in die folgenden Zusammenhänge einzuordnen:

Unlängst wagte ein kenianischer Geistlicher – und er fiel deshalb bei der Regierung in Nairobi in Ungnade –, folgende Überlegungen öffentlich zu äussern (zwei weitere Persönlichkeiten doppelten im selben Sinne nach): Osteuropa habe mit seinem undemokratischen Einparteiensystem versagt. Afrika habe dieses System kopiert, indem es ihm nur eine afrikanische Bezeichnung überstülpte und es als Bestandteil der afrikanischen Kultur deklarierte. Es sei für die afrikanischen Führer an der Zeit, ihre Vorliebe für den Einparteiensystem im Lichte der osteuropäischen Ereignisse endlich gründlich zu überdenken. Die afrikanischen Staaten, gleich welcher ideologischen Schattierung – ob dem Westen oder dem Osten zugeneigt –, seien praktisch ausnahmslos Einparteiensysteme, liberalere oder repressivere. Allen

fehle aber die demokratische Kontrolle der Staatsführung. Unter Ausnützung der ineffizienten afrikanischen Bürokratie nütze die Mehrheit der Staatsoberhäupter ihre Machtposition rücksichtslos aus, um für sich, ihre Sippen und Günstlinge Reichtümer anzuhäufen.

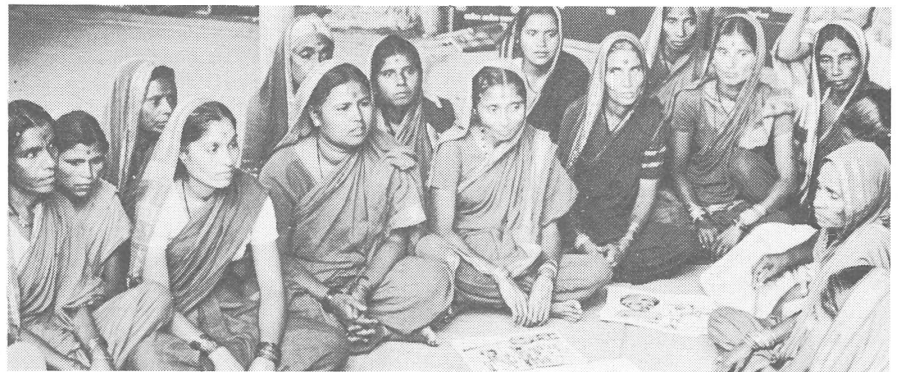
Wenn der ideologische Selbstbetrug auffliegt

Schonungslos – und erst noch aus afrikanischem Munde – wurde damit ans Licht der Öffentlichkeit gerückt, was seit 1945 infolge der Nachkriegsentwicklung, des «kolonialen schlechten Gewissens», des kalten Krieges und der Ost-West-Konfrontation im Halbdunkel des weltweiten Geschehens oft nur schemenhaft durchdrang: Die «geschlossene Gesellschaft», undiskutabler staatlicher Einheitstypus Osteuropas während über 40 Jahren, gab und gibt es, wenn auch differenziert und modifiziert, auch in der Dritten Welt.

Die «geschlossene Gesellschaft» als Staatsform der Unterdrückung, ja Versklavung der Volksmehrheit durch eine Volksminderheit manifestierte sich in Osteuropa durch den Machtanspruch der Kommunistischen Partei als einziger und allmächtiger Staatspartei und potenzierte sich als zusätzliche Gefahrenquelle durch den Anspruch des marxistisch-leninistischen Revolutionsexports über die Grenzen des gegebenen und errungenen Einflussgebiets hinaus. Von dieser Gefahr gebannt, bauten die westlichen Demokratien ihre politisch-militärisch-ideologische Verteidigungsfront auf – bis seit dem vergangenen Jahr der scheinbar monolithische kommunistische Machtblock in sich zusammenfiel.

Und eben jetzt, in dieser Zeit, in der sich die Neugestaltung Gesamteuropas in Riesenschritten abzeichnet und in diesem Zusammenhang in der Dritten Welt die Angst vor dem «Vergessenwerden» um sich greift, ist auch der Augenblick gekommen, darauf hinzuweisen, in welchem Ausmass die «geschlossene Gesellschaft» ebenfalls die Dritte Welt beherrscht.

In diesem Drittweltriesenraum braucht keineswegs die Kommunistische Partei die



Rolle des «Sklavenhalters» zu spielen, obgleich sich auch diese Erscheinungsform faszinierend anbietet: in Vietnam, Laos oder Kambodscha in Fernost, in Angola oder Äthiopien auf dem Schwarzen Kontinent, auf Kuba (aber nicht mehr in Nicaragua) in Lateinamerika – um nur die wichtigsten Spielarten zu erwähnen.

Speziell geschlossene Gesellschaften

Doch die Erscheinungsformen der «geschlossenen Gesellschaft» manifestieren sich in der Dritten Welt in ungeahnter, oft jegliches demokratisches Empfinden Hohn sprechender Vielfalt. Da wäre in Lateinamerika auf die Tatsache hinzuweisen, dass keinesfalls überall die «frei» gewählten Regierungen die offizielle Macht im Staat ausüben, sondern, mit Hilfe skrupelloser Privatarmeen, international abgesicherte Drogenmafia- oder eine Kleinstzahl von Grossgrundbesitzern, die den Grossteil des Bodens ihr eigen nennen. Somit eine ganz spezifische, aber nicht minder wirksame politische Entrechtung der Volksmehrheit.

Und wieder anders präsentiert sich die Lage in Afrika als dem Zentralraum der hier angestellten Überlegungen. Keineswegs durchgehend, aber doch vielerorts bietet sich ein ernüchterndes Bild dar. Hier steckt das Empfinden für eine staatliche Identität, ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl noch weitgehend in den Kinderschuhen. Schuld daran sind nicht allein die künstlich gezogenen Grenzen aus der Kolonialzeit, sondern, noch ausgeprägter, die traditionell stammesmäßigen Bindungen. Noch heute fühlt sich ein Schwarzer im allgemeinen in erster Linie als Angehöriger eines Stammes, erst in zweiter Linie einer «Nation».

Dieses Stammesdenken, wenn auch geschichtlich begründet und selbst heute noch Verständnis heischend, wirkt sich indessen für die Festigung eines Staates und die Heranentwicklung eines Volksbewusstseins in höchstem Masse destruktiv aus. Im Klartext: Ein Stamm – es braucht nicht der Mehrheitsstamm zu sein, sondern der bestorganisierte oder der aggressivste – erkämpft sich, oft putsch- oder bürgerkriegsmässig, die alleinige Staatsmacht und begründet sogleich das Einparteiensystem, das mit der Einstammesvorherrschaft identisch ist. Die anderen Stämme werden konsequent von der politischen Macht ferngehalten, wirtschaftlich, gesellschaftspolitisch, oft selbst kulturell in die Ecke gedrängt. Die «geschlossene Gesellschaft» ist zur Tatsache geworden. Ob die Opposition dann eher diplomatisch-geschickt oder oppressiv-brutal mundtot gemacht wird, ist grundsätzlich irrelevant.

Die Beispiele, wo solche Vorgänge selbst in Genocid ausarteten, könnten für die Vergangenheit wie für die Gegenwart aufgeführt werden. Was die Vergangenheit anbelangt, dürfte allein das Stichwort Burundi mit der

Abschlachtung von Hunderttausenden im Stammesmass, praktisch unter Ausschluss der Weltöffentlichkeit, genügen. Und was die Gegenwart betrifft, bietet das «Horn von Afrika» mit Äthiopien, Somalia und Sudan ein Schulbeispiel. Hier sind wir nicht nur Zeugen der Ausrottung ganzer Volksschichten durch regierende Minderheiten aus stammes- und rassenmässigen, aber auch konfessionellen Gründen, wir sind auch Zeugen konsequenter Verhinderung von Hilfsmassnahmen, weil die Aushungerung von Millionen als bewusstes Bürgerkriegsmittel angewandt wird.

Parallel zur stammesmäßig fundierten «geschlossenen Gesellschaft» ziehen sich fast ausnahmslos drei Zusatzfaktoren. Der erste ist die hochkarätige Korruption der regierenden Schicht, die illegale Bereicherung des eigenen Clans und des Günstlingschwarms auf Kosten des darbenenden Volks. Der zweite ist die sämtliche Proportionen sprengende Bereitstellung von Geldern für Prestigearmeen, die im eher seltenen Fall für den Einsatz gegen aussen gedacht sind, sondern vielmehr gegen den inneren Gegner und zu Paradezwecken. Zur Verdeutlichung: In der Dritten Welt stehen 60 % aller Armeen, in diesen Raum fliessen 80 % aller Waffenlieferungen, und diese Entwicklungsgrossregion zählte seit 1970 rund 100 Kriege, kriegsähnliche Unruhen und Bürgerkriege. Der dritte Faktor schliesslich ist die viele Herrschaftsschichten prägende Gleichgültigkeit gegenüber Umweltschutzfragen und weltweiter ökologischer Verantwortlichkeit, von der Problematik der Bevölkerungsexplosion bis hin zur Vernichtung der Tropenwälder.

Keineswegs vermindert wird das Unbehagen angesichts der für die internationale Politik wachsend bedrohlichen Tatsache, dass die Zahl der nuklearen Drittwelt-Schwelmländer ständig steigt und dass ferner in der Dritten Welt wohl mehr Länder, als gemeinhin angenommen wird, grosse Vorräte an chemischen Kampfstoffen lagern.

Es sei nachdrücklich betont: Es wäre ungerrecht, unvollständig und unobjektiv, all die Staaten unerwähnt zu lassen, die unbesehen Vertrauen und Unterstützung verdienen: Thailand oder Malaysia in Asien, Ghana oder Kamerun in Afrika, Uruguay in Süd- oder Costa Rica in Mittelamerika. Diese Liste liesse sich beliebig verlängern – die andere Liste der «Problemfälle» bliebe immer noch lang genug. Beispielhaft klar-sichtig und präzise stellt es der Artikel «Faule Früchte der Unabhängigkeit in Afrika» in der «NZZ» vom 26. Januar dar, aus dem folgendes zitiert sei:

«Klagen afrikanischer Politiker über die Leiden ihrer Völker sind mit Vorsicht aufzunehmen. Allzuoft halten eigensüchtige Eliten mit wirtschaftlichen und politischen Monopolen ihre Untertanen von den «Früchten der Unabhängigkeit» fern; sie haben wenig Interesse an Reformen. Diese Zustände

reflektieren die Tatsache, dass Macht korumpiert... In afrikanischen Ländern kommt der Widerstand gegen Reformmassnahmen – stets im Namen des armen Volkes – hauptsächlich von oben, da organisatorische und politische Verbesserungen Macht und Möglichkeiten der Herrschenden, öffentliche Mittel abzuzweigen, beschneiden... Inkompetente, von Politikern abhängige und überdimensionierte Beamtenapparate können und wollen weder die Fähigkeit noch die nötige Überzeugung mobilisieren, um komplexe Reformprogramme zu ihrer eigenen Entmachtung und zur Beseitigung korrupter Praktiken umzusetzen. Das Beharrungsvermögen des nackten Eigennutzes, der mit staatlicher Kontrolle über Ökonomie und Politik die Ausblutung afrikanischer Wirtschaften von innen organisiert, fällt nicht mit der Unterzeichnung einiger internationaler Abkommen einfach dahin... Opposition, auch sachliche, kommt Majestätsbeleidigung und Nestbeschmutzung gleich. Opportunismus, Schmeichelei und Anpassung, nicht so sehr persönliche, fachliche Leistung, sind die Mittel, um in den Dunstkreis der... sehr handgreiflich verstandenen «Früchte der Unabhängigkeit» zu kommen.»

Kriterien der Hilfe

Verantwortungsbewusste Drittweltspolitik sollte sich somit an folgende Leitbilder halten: Nicht eine Verminderung der Entwicklungshilfe darf in Betracht gezogen werden, vielmehr muss eine Intensivierung angestrebt werden. Es ist indessen nicht abzustreiten, dass Entwicklungshilfe einen faden Beigeschmack enthält, wenn sie in Staaten gelangt, deren herrschende Cliquen und ihre aufgeblasenen Prestigestreitkräfte auf Hintertreppchen von dieser Hilfe abrahamen, in deren Kerkern die Oppositionellen ohne Prozesse verschwinden, deren Oberschichten sich in verletzender Arroganz jeglicher ökologischer Einsicht verschliessen.

Entwicklungshilfe seitens der Industrieländer sollte somit – wo notwendig – verbunden werden mit dem parallelen und psychologisch einfühlsamen Bemühen, in den «geschlossenen Gesellschaften» Breschen zu schlagen zugunsten offenerer Spielregeln im politisch-gesellschaftlichen Zusammenleben, Breschen ferner, um der Legitimität der Opposition einen höheren Stellenwert zuzumessen als der Hochzüchtung finanziell kaum verkraftbarer Defileearmeen, Breschen schliesslich, um die Verantwortung für die weltweite Mitverantwortung und Mitarbeit in der Umweltproblematik zu wecken, in deren Rahmen die Dritte Welt ohnehin schon jetzt in einer Schlüsselposition sitzt.

Je rascher und tiefer greifend diesen Bestrebungen Erfolg beschieden ist, desto geringer ist die Gefahr, dass die Dritte Welt – um zur Überschrift dieses Artikels zurückzukehren – ins Abseits gerät, der Vergessenheit anheimfällt. ■